



Bekanntmachung der Gemeinde Lindlar

Haushaltssatzung der Gemeinde Lindlar für das Haushaltsjahr 2025

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 13.04.2022 (GV. NRW. S. 490) geändert worden ist, hat der Rat der Gemeinde Lindlar mit Beschluss vom 17.12.2024 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	60.939.310 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	61.588.692 EUR

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	57.957.552 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	56.592.642 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	16.991.832 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	16.389.675 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	27.185.599 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	30.122.920 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf **11.562.103 EUR** festgesetzt.

**davon für Konzernfinanzierung 8.860.850 EUR*

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 11.791.106 € festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 649.382 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **75.000.000 EUR** festgesetzt,

**davon für Konzernfinanzierung 30.000.000 €.*

§ 6

nachrichtlich:

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2025 gemäß der Hebesatzsatzung der Gemeinde Lindlar wie folgt festgesetzt:

- | | |
|--|------------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 442 v.H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 1.245 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer auf | 540 v.H. |

§ 7

Entfällt

§ 8

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen von mehr als 20.000,00 EUR sind im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NW als erheblich anzusehen und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Gemeinderates.
2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen und aus der bilanziellen Abschreibung gelten abweichend von der Regelung in Ziffer 1 bis zu einer Höhe von 300.000 € als nicht erheblich.
3. Als erheblicher Jahresfehlbetrag im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 1a GO NW ist ein zu erwartender Fehlbetrag von mehr als 1.500.000 € anzusehen. Bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen oder Auszahlungen bei einzelnen Haushaltspositionen gemäß § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NW gelten bis zu einem Betrag von 500.000 € als nicht erheblich.
4. Als geringfügige Investitionen nach dem Wortlaut des § 81 Abs. 3 Nr. 1 GO NW sind solche anzusehen, die einen Betrag von 100.000,00 € nicht überschreiten.
5. Die Wertgrenze für Investitionen, die gemäß § 4 Abs. 4 Satz 2 KomHVO als Einzelmaßnahmen auszuweisen sind, wird auf 10.000 € festgelegt. Investitionsmaßnahmen unterhalb dieser Wertgrenze können als Einzelmaßnahmen ausgewiesen werden.
6. Die im Stellenplan mit „künftig wegfallend“ (kw) bezeichneten Stellen werden bei Ausscheiden der derzeitigen Stelleninhaber/Stelleninhaberinnen bzw. nach Ablauf der Maßnahme wegfallen.
7. Die mit einem „künftig umzuwandeln“ (ku) bezeichneten Stellen werden nach Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers/der Stelleninhaberin in eine niedrigere Besoldungs- oder Entgeltgruppe zurückgeführt.

§ 9

Budgetierung

Die Budgets im Bereich der Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne werden auf Produktgruppenebene gebildet. Die Aufwendungen für Festwerte in den Schulen sind untereinander deckungsfähig; Hierdurch darf das Gesamtbudget der Schulen im Produktbereich 21 nicht verändert werden. Investive Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen an Schulgebäuden bilden einen Deckungsring.

In den o.a. Budgets sind nicht enthalten:

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge, Erträge aus aktivierten Eigenleistungen, Schuldendiensthilfen, Personalaufwendungen, Rückstellungen für Personal, Versorgungsaufwendungen, Verfügungsmittel des Bürgermeisters, Zinsaufwendungen, interne Leistungsbeziehungen, Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie Kostenerstattungen an TeBEL.

Die Aufwandarten werden einzeln betrachtet und sind jeweils zu einem Budget zusammengefasst.

Zweckbindungen von Erträgen und Einzahlungen

Mehrerträge / -einzahlungen für Benutzungsgebühren der Bücherei berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen für Festwerte sowie Verbrauchsmaterial.

Mehrerträge / -einzahlungen aus der Abwicklung von Schadensfällen berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen zur Beseitigung der Folgen des Schadensereignisses.

Mehrerträge / -einzahlungen für Benutzungsgebühren im Feuerschutz berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen zur Unterhaltung der Feuerwehr.

Mehrerträge / -einzahlungen für Benutzungsgebühren der Offenen Ganztagschulen berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen für Zuschüsse an die Träger oder Kooperationspartner.

Mehrerträge / -einzahlungen für Erträge aus Verkauf bei kommunalen Veranstaltungen berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen für die Durchführung von Veranstaltungen.

Mehrerträge / -einzahlungen für Verwaltungsgebühren bei Einwohnerangelegenheiten berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen für die Beschaffung von Bundespersonalausweisen, Reisepässen und anderen Dokumenten.

Mehrerträge / -einzahlungen aus pauschalieren Zuweisungen für besondere Bedarfssituationen, Zuschüsse, zweckbezogene Zuweisungen, Spenden, Kostenerstattungen und sonstige Leistungen Dritter berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen für die hiermit unterstützten Leistungen und Investitionen.

Mehreinzahlungen aus Verkauf von Grund und Boden berechtigen zu Mehrauszahlungen für den Grunderwerb.

Deckungsfähigkeit von Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Zur flexiblen Bewirtschaftung der Investitionsmaßnahmen können einzelne VE auch für andere Investitionen, für die eine VE vorgesehen war, in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus ist es in begründeten Einzelfällen auch möglich, VE für Investitionen in Anspruch zu nehmen, für die keine VE veranschlagt war.

Sperrvermerke

Alle mit Zweckzuwendungen finanzierten Aufwendungen / Auszahlungen bleiben bis zur Bewilligung der entsprechenden Zweckzuwendung gesperrt.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2025 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Gummersbach mit Schreiben vom 20.12.2024 angezeigt worden.

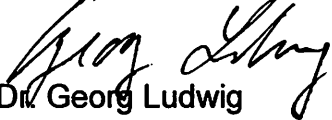
Der Haushaltsplan liegt gem. § 80 Abs. 6 GO NRW zur Einsichtnahme vom 20.01.2025 bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses 2025 im Zimmer 318 des Rathauses, Borromäusstraße 1, 51789 Lindlar öffentlich aus und ist unter www.lindlar.de im Internet verfügbar.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- c der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lindlar, den 20.01.2025


Dr. Georg Ludwig
Bürgermeister